

## Rezensionen

**Hans-Peter Müller: Umerziehung durch rote Bibliotheken. SED-Bibliothekspolitik 1945/46 bis zum Ende der 1960er Jahre. Berlin: Simon Verlag für Bibliothekswissen 2020, 382 S., 22 €.**

Die SED griff in ihrer Bibliothekspolitik auf eine lange volkspädagogische Tradition im deutschen Bibliothekswesen zurück und auf die Erfahrungen des sowjetischen Volkserziehungsprogramms durch das Buchangebot in örtlichen Bibliotheken. Nach ihrer Machtergreifung stand die bolschewistische Partei vor der gigantischen Aufgabe, 100 Millionen Analphabeten Lesen und Schreiben beizubringen und sie massenhaft mit dem politisch korrekten Schriftgut zu versorgen. Eine entscheidende Funktion fiel dabei dem Volkskommissariat für das Bildungswesen zu, an dessen Spitze Anatoli Lunatscharski und seine Stellvertreterin Nadeschda Konstantinowna Krupskaja standen, die beide aus bürgerlichen Familien stammten und über eine gute Ausbildung für dieses Aufgabengebiet verfügten – Krupskaja als ausgebildete Lehrerin, Lunatscharski durch sein Studium der Philosophie und Naturwissenschaften an der Universität Zürich.

Hans-Peter Müller befaßt sich im zweiten Kapitel seiner Untersuchung über die „roten Bibliotheken“ mit der für die DDR später vorbildhaften sowjetischen Umerziehungsdiktatur mit ihren auf kommunistische Propaganda ausgerichtete Massenbibliotheken und einer strikten Zensur des angebotenen Lesestoffs. Es existierten wie später in der DDR umfangreiche Sperrbestände, die nur für zuverlässige Parteigänger zugänglich waren. In der Zeit der stalinistischen Säuberungen fielen auch die Bücher von geschassten Kommunisten wie Trotzki und Bucharin den Säuberungen anheim und verschwanden aus den Bibliographien. In Leningrad durchsuchten 1935 Parteifunktionäre Bibliotheken

und Buchhandlungen. Sie beschlagnahmten rund 20 000 Bücher und verbrannten sie. Über 16 000 Titel wurden 1937/38 verboten und 24 Millionen Exemplare aus Bibliotheken entfernt. Der Bestand mancher Bibliotheken war dabei derart reduziert worden, daß sie ihren Ausleihbetrieb einstellen mußten. Für die Zeit nach der nationalsozialistischen Machtübernahme in Deutschland konstatiert Müller eine eigenartige „Kombination aus totalitärer Gleichschaltung einerseits und fachlicher Modernisierung“ des Bibliothekswesens andererseits. Letztere habe „die strukturellen Grundlagen für manche, über die Nazizeit hinausreichende Diktaturkontinuität im späteren DDR-Büchereiwesen“ gelegt. In der Volkserziehung durch die Steuerung des Bibliothekswesens sahen die nationalsozialistischen wie auch die kommunistischen Bibliotheksaufseher ihre eigentliche Aufgabe.

In der NS-Zeit unterstand das Bibliothekswesen nach anfänglichen Kompetenzstreitigkeiten dem Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda. In der SBZ und frühen DDR leitete die Deutsche Zentralverwaltung für Volksbildung und dann das Volksbildungsministerium die Bibliotheken an, bevor dem Kulturministerium ab 1954 diese Aufgabe zugewiesen wurde. In beiden deutschen Diktaturen kam es zu gigantischen Bibliothekssäuberungen. In der NS-Zeit richteten sich diese gegen jüdische, kommunistische, sozialdemokratische, republikanische und andere „undeutsche“ Werke, in der SBZ und DDR gegen „faschistische“ und militaristische Bücher, aber bald auch gegen sozialdemokratische Autoren, demokratische Antikommunisten, vom Stalinismus abgefallene Kommunisten und jegliche sowjetkritische Literatur. Ein Befehl des sowjetischen Oberkommandierenden Georgi Schukow vom 15. September 1945 rückte die Deutsche Bücherei in Leipzig in die Position einer Leitinstitution für die koordinierten Säuberungen der Bibliotheken in der SBZ. Müller weist daraufhin, daß

diese Entscheidung deswegen „äußerst delikat“ war, da „die Deutsche Bücherei unter Leitung desselben amtierenden Direktors Heinrich Uhlendahl schon sofort nach 1933 an der Unterwerfung der von ihr herausgegebenen Nationalbibliographie unter die nationalsozialistische Zensur mitgewirkt hatte“. Die Naziverstrickung der Deutschen Bibliothek belegt Müller mit eindrucksvollen Zahlen. Der Anteil von NSDAP-Mitgliedern im Personalbestand der Deutschen Bibliothek in Leipzig lag bei 44 Prozent, beim wissenschaftlichen Personal sogar bei 50 Prozent. Heinrich Uhlendahl leitete die Deutsche Bibliothek von 1938 bis 1954. Die Deutsche Bibliothek habe dann „wegen ihres naziverseuchten Personals“ in der SBZ eine „besondere kaderpolitische Überwachung“ durch SED-Kader erfahren, die in wichtige Stellvertreterfunktionen für die Personalpolitik und Schulung eingesetzt wurden. Bibliotheksdirektor Uhlendahl bezifferte die Zahl der in Listen erfaßten und auszusondernden Literatur 1946 auf 40 000 Bände. Ein Jahr später kamen dann die Werke „opportunistischer“ und „trotzkistisch-brandlerischer“ Autoren nachträglich auf die Verbortlisten hinzu. Müllers Aufzählung der davon Betroffenen ist beeindruckend lang. Dazu gehörten Bela Kun, Willi Münzenberg, Karl Radek, August Thalheim, Leo Trotzki, Michail Tuchatschewski, Karl Kautsky und viele andere mehr.

Doch nicht nur die ideologische Reinigungswut der neuen kommunistischen Bibliotheksaufseher beschädigte das Bibliothekswesen in der SBZ. Von der SMAD eingerichtete Trophäenkommissionen durchsuchten Bibliotheken in ihrem Besatzungsgebiet nach Raritäten und Kostbarkeiten und beschlagnahmten als Reparationsleistung für die von der Wehrmacht angerichteten Kulturgutzerstörungen in der Sowjetunion etwa 20 Millionen Bände, die bis Ende 1946 in die Sowjetunion gebracht wurden. Müller zitiert die verdruckste Erwähnung des Beutezugs in der DDR-Geschichtsschreibung, wonach

die Trophäenkoordinatorin Oberstleutnant Margarita Rudomino, die im Zivilberuf Direktorin der Moskauer Bibliothek für Ausländische Literatur war, in der SBZ die „Interessen der sowjetischen Bibliotheken“ wahrnahm, „denen durch die Faschisten schwere Schäden zugefügt worden waren.“ Margita Rudomino hatte bereits 1944 Vorstellungen zum Verfahren nach dem Sieg über Hitler-Deutschland entwickelt, wonach für ihre Bibliothek eine „Vervollständigung des Buchbestandes“ von 300 000 auf 500 000 oder 600 000 Bände anzustreben sei. In seinem ersten Kapitel befasst sich Hans-Peter Müller mit der Entwicklung der deutschen Volksbibliotheken im 19. und frühen 20. Jahrhundert, in die auch Erfahrungen der liberalen Free Public Libraries aus den Vereinigten Staaten einfließen. Die liberal-aufklärerische Bibliotheksidee wurden jedoch durch das autoritäre Bestreben nach Volkserziehung und einer dabei erzieherischen Funktion der Bibliothekare sowie einer dazu ausgerichteten „empfehlenden Bibliographie“ zunehmend zurückgedrängt. Den Richtungsstreit über „die Volksbibliothek als nutzerorientierte Dienstleistungseinrichtung auf der einen oder als lenkende volkspädagogische Bildungsanstalt auf der anderen“ entschieden Walter Hofmann und seine Anhänger der Leipziger Bibliotheksschule schließlich für sich. Walter Hofmann, der nach der Revolution von 1918 sich kurzzeitig der Sozialdemokratie angenähert hatte, diente sich noch in den 20er Jahren der völkischen Richtung und schließlich auch den Nationalsozialisten und deren Reichsschriftumsstelle an. Seine Schüler besetzten später in der SBZ und DDR wichtige Positionen im Bibliothekswesen. Mit dem „Zentralinstitut für Bibliothekswesen“ (ZIB) verfügte die DDR, wie Müller unter Hinweis auf die NS-„Reichsstelle für volkstümliches Büchereiwesen“ konstatiert, über eine sozialistische „Super-Reichsstelle“, die mit einer Kompetenzfülle ausgestattet war, „die weit über die einer ‚NS-Reichsstelle‘ hinausging“. Als

zentrale Institution der „Lenkenden bibliographischen Arbeit“ feierte die Deutsche Bücherei in Leipzig 1962 ihren 50. Gründungstag mit 43 Thesen. Eine davon lautete: „Die Deutsche Bücherei hat im Verlauf der gesellschaftlichen Umgestaltung in der DDR ihren Klassencharakter verändert und dient als sozialistische Einrichtung den ökonomischen, politischen und kulturellen Zielen der Arbeiterklasse“. Die westdeutsche Entwicklung habe die Einheit des Bibliothekswesens zerstört. Erst durch die Lösung der nationalen Frage könne diese Einheit wiederhergestellt werden. So, aber ganz anders als von den kommunistischen Bibliothekspolitikern gedacht, ist es nach der Wiedervereinigung auch geschehen. Die Deutsche Bibliothek in Leipzig und die 1949 in Frankfurt gegründete Parallelinstitution Deutsche Bibliothek sind heute zwei Standorte der Deutschen Nationalbibliothek.

Eine deutsche-deutsche Personalie aus Hans-Peter Müllers hervorragender und mit großem Erkenntnisgewinn zu lesender Untersuchung sei abschließend erwähnt. Joseph Caspar Witsch, den Müller als einen „äußerst gewieften Opportunisten“ bezeichnet, gelang es im Juni 1945 in Jena noch unter amerikanischer Besatzung die von ihm früher geleitete nationalsozialistische „Staatliche Volksbüchereistelle Thüringen“ als rasch umbenannte „Thüringische Landesstelle für Büchereiwesen“ weiter zu führen. Das war auch eine der drei Ausbildungsstätten, die in der SBZ Umschulungskurse für Antifa-Hilfsbibliothekare ausrichteten. Nachdem die Eingriffe kommunistischer Funktionäre „den Rahmen der deutschen Verwaltungstraditionen zu sprengen drohten“, begann Witsch, wie Müller schreibt, sich dem zu widersetzen. Als seine Verhaftung drohte, flüchtete er im März 1948 in den Westen und gründete in Köln den Verlag Kiepenheuer und Witsch, dessen Anteilseigner Gustav Kiepenheuer mit seinem Traditionsverlag in Weimar blieb. Bei Kiepenheuer und Witsch erschien seit 1950 das

*PZ-Archiv*, wobei PZ für „Publizistisches Zentrum für die Einheit Deutschlands“ stand. Daraus ging 1952 das *SBZ-Archiv* hervor, dessen Namen zeitgeistgerecht 1968 in *Deutschland Archiv – Zeitschrift für Fragen der DDR und der Deutschlandpolitik* geändert wurde. Die Ursprünge der westdeutschen und später gesamtdeutschen DDR-Forschung sind demnach unter anderem dem verlegerischen Geschick eines „äußerst gewieften Opportunisten“ zu verdanken – womit er freilich keineswegs eine Ausnahmeerscheinung in diesem Forschungsfeld darstellt.

Jochen Staadt

**Thomas Stein: Grenzterror. Norderstedt: BoD – Books on Demand 2016, 620 S., 22 €.**

Thomas Stein wollte nicht mehr in der DDR leben, er wollte unbedingt in den Westen. Und das um jeden Preis: „Es gab wohl tatsächlich nur drei Möglichkeiten, aus der Ostzone zu entkommen. Entweder über die Mauer zu springen und dabei erschossen zu werden, sich zu bewaffnen und zurückzuschießen oder über das Gefängnis in den Westen zu gelangen. Am 20. Mai 1976 versuchte ich halbherzig den Weg über das Gefängnis.“

Semi-autobiografisch könnte man Steins im Selbstverlag veröffentlichtes Buch *Grenzterror* wohl nennen. Eingebettet in eine rudimentäre und auf drei vergleichsweise kurze Kapitel begrenzte fiktionale Rahmenhandlung, steht der reale Lebens- und Leidensweg des Autors im Zentrum des Geschehens. Dieser Weg erstreckt sich von der eigenen Kindheit in der DDR bis hin zur lang herbeigesehnten Ausreise in die Bundesrepublik im April 1979. Hierbei liegt der Fokus weitgehend auf den zahlreichen Haftverfahren des Protagonisten im ehemaligen ostdeutschen Teilstaat. Ergänzt werden die Inhalte mit Bildmaterial, welches sowohl Fotografien verschiedener Haftanstalten und des Au-

tors beinhaltet, aber auch Abzüge persönlicher Dokumente, Arbeitsverträge, Anklageschriften, Entlassungsverfügungen, Meldungen von Vorkommnissen und anderer Unterlagen. In der einigermaßen nebensächlichen Rahmenhandlung befindet sich der Protagonist im Berlin des Jahres 2014 und landet sogleich in einer Psychiatrie, nachdem er sich aus Protest gegen die GEZ nackt an ein Gebäude ankettet und daraufhin verhaftet wird. In der Einrichtung angekommen erzählt der 1957 geborene Stein einer stummen Mitinhaftierten seine Geschichte, was gleichzeitig den Einstieg in den autobiografischen Kern des Buches bedeutet, und beginnt mit dem Aufwachen im sozialistischen Staat. Schon früh entwickelte er eine Aversion gegen die DDR und ebenso früh kam der Gedanke an einen Aufbruch in den verheißungsvollen Westen. So wagte Stein bereits 1972 im Alter von nur vierzehn Jahren seinen ersten erfolglosen Fluchtversuch an der polnisch-tschechischen Grenze, welcher noch ohne juristische Konsequenzen blieb. Doch bereits der zweite Vorstoß Steins, inzwischen fünfzehn Jahre alt, endete mit seiner Inhaftierung. Der Versuch, sich am Grenzübergang Friedrichstraße in eine langsam fahrende S-Bahn zu schmuggeln, bedeutete den Auftakt einer Serie haarsträubender Konflikte, Verhaftungen und Inhaftierungen, die Stein in zahlreiche Strafeinrichtungen der Deutschen Demokratischen Republik verschlugen. Die Jugendanstalt Luckau, die Untersuchungshaftanstalt des MfS in Hohenschönhausen und die Strafvollzugseinrichtung Brandenburg-Görden sind nur einige der Stationen, die Stein auf seinem Weg in die Freiheit passieren musste. Es wird vom Haftalltag erzählt, von Arbeitsmaßnahmen, Leidensgenossen, nervtötenden Verhören und den ständigen Konflikten mit Wärtern. Man erfährt sowohl vom bettnässenden Zellennachbarn, der von Mitinsassen ein B wie Bettnässer eintätowiert bekam, als auch von der Vergewaltigung, die der Autor am eigenen Leib erfahren musste. Wie wurde Tabak geschmuggelt und wie

baute man sich einen eigenen Kochsieder, um kaltgewordenen Kaffee zu erhitzen? Auf diese Fragen gibt Stein Antworten. Aber so sehr die Gefängniserfahrungen auch zentrales Element sind, bleibt doch Platz für den Alltag außerhalb der Gefängnismauern. So erfährt man über die Ausbildung Steins zum Filmvorführer, den Vertrag mit einem sozialistischen Verlag, für den er ein Jugendbuch über das Thema Selbstfindung schrieb, oder auch von den wiederkehrenden Streitigkeiten mit der eigenen Mutter, einer linientreuen SED-Genossin. Stein erzählt nicht nur, wie er außerhalb der Gefängnismauern Verfolger der Stasi bemerkte und diese in Gespräche verwickelte, sondern auch vom neuen Freund der Mutter, einem moralinsauren Parteigenossen und stellvertretenden Leiter eines Erziehungsheims, der dem Protagonisten wiederholt predigte, dann aber aufgrund sexueller Belästigung einer Minderjährigen selbst im Gefängnis landete. Seinen Höhepunkt erreicht die Geschichte, wenn Stein schlussendlich nicht nur wegen „Republikflucht“, sondern dem titelgebenden „Grenzterror“ angeklagt wird. Und dieser konnte in der DDR schnell mit der Todesstrafe geahndet werden. Die Beschuldigungen fußten nach eigener Aussage lediglich auf dem vagen und niemals auch nur ansatzweise konkret gewordenen Gedankenspiel, in Warnemünde eine Schiffsentführung mit Waffengewalt plus anschließender Überfahrt nach Dänemark vorzunehmen. Da die Todesstrafe nicht vollstreckt werden durfte, wenn der Täter geisteskrank war, sah Stein nur noch eine Option, und zwar die Vortäuschung von Irresein. Sogleich tritt er in den Hungerstreik, zerstört die Gummizelle, in die er zwischenzeitlich verfrachtet wird, verletzt sich selbst, schneidet sich unerlaubt eine Glatze, droht mit Selbstmord, beleidigt das Wachpersonal und fällt im Strafvollzug durch Arbeitsverweigerung und -bummelei auf. Immer wieder, auch bereits früher im Buch, leistet er sich im Gewahrsam ein „demonstrativ-provokatives Verhalten“.

Zwar wenden seine Wärter wiederholt repressive Maßnahmen an, also körperliche Gewalt, Einzelarrest oder die gefürchtete Zwangsjacke, doch am Ende geht Steins Plan auf: Er wird nicht zum Tode verurteilt, sondern zu einer vergleichsweise niedrigen Haftstrafe von viereinhalb Jahren, die er jedoch nie vollständig absitzen muss. Der rebellische Häftling erscheint dem Staat inzwischen wohl endgültig für den Sozialismus verloren und so darf er die DDR am 26. April 1979 im Zuge eines Freikaufverfahrens für immer hinter sich lassen. Und mit dieser glücklichen Wendung endet das Buch und eben auch eine Tortur, die viereinhalb lange Jahre andauerte. Was im Buch nicht mehr aufgeführt wird, ist, dass es auch im Westen vorerst holprig weiterging: Nur ein knappes halbes Jahr nach seiner Entlassung wurde Stein, nachdem er am 19. November 1979 versucht hatte, das KaDeWe durch eine Bombendrohung zu einer Lösegeldzahlung von 1 Million Mark zu erpressen, erneut inhaftiert. *Grenzterror* ist in seiner Darstellung enorm detailliert, flüssig geschrieben und in all seiner Überspitzung nicht selten sogar witzig. Gerade die persönlichen Erfahrungen und Reibereien des Autors mit dem Strafsystem der DDR sind oft spannend und aufschlussreich zugleich. Unglücklicherweise ergeben sich immer mal wieder ermüdende Längen. Gerade die fiktiven Sequenzen entwickeln keinerlei Mehrwert und erweisen sich kontextuell als einigermmaßen überflüssig, sodass sich eine Beschränkung auf die DDR-Erfahrung, welcher zum Ende der Geschichte hin aufgrund sich zwangsläufig wiederholender Geschehnisse auch allmählich die Luft ausgeht, sicherlich als sinnvoll erwiesen hätte. So grübelt Stein zwischendurch immer wieder zusammenhangslos über verschiedenste Phänomene nach, beispielsweise die RAF-Selbstmorde in Stammheim, den Nahost-Konflikt oder Bundeskanzlerin Angela Merkel und ergibt sich in mitunter seitenlangen philosophischen Gedankengängen zum Thema Religion und dem Allgemeinzustand der Menschheit. Gerade zu Beginn

erweisen sich diese deplatziert wirkenden Einlassungen zunächst als abschreckend. Die Erzählung wirkt dadurch zerfahren. Auch der Fehler Teufel hat sich eingeschlichen, so bezeichnet Stein die UHA HSH, in welcher er 1977 erstmals kurzzeitig einsitzen musste, irritierenderweise als Lager X, ein geheimes Haftarbeitsgefängnis für Strafgefangene der Stasi in Berlin-Hohenschönhausen, welches aber bereits 1974 stillgelegt wurde. Nichtsdestotrotz ist *Grenzterror* oft interessant und der wortreiche Stil tröstet so manches Mal darüber hinweg, dass eine Straffung dem Gesamtergebnis sicher gutgetan hätte. Der Autor versteht es gekonnt, die (haft-)alltäglichen Absurditäten in der DDR sichtbar zu machen und seine eigene facettenreiche Geschichte bis zum endgültigen Austritt aus dem von ihm so verhassten Staat minutiös und wortgewandt darzulegen.

Marcus Schäfer

**Heribert Schwan: Spione im Zentrum der Macht. Wie die Stasi alle Regierungen seit Adenauer bespitzelt hat. München: Wilhelm Heyne Verlag 2019, 384 S., 24 €.**

Die Stasiunterlagenbehörde übergab Heribert Schwan im Jahr 2008 nach einer dreijährigen Recherche 81 766 Kopien aus MfS-Überlieferungen, die Informationen über die Bundeskanzler Adenauer, Erhard, Kiesinger, Brandt, Schmidt und Kohl sowie etliche ihrer Kabinettsmitglieder enthalten. Die Stasiunterlagenbehörde identifizierte für Schwan 197 Inoffizielle Mitarbeiter des MfS, die zwischen 1949 und 1989 dem DDR-Staatssicherheitsdienst allerlei Erkenntnisse über Bonner Kanzler und Bundesminister verschafften. Da einige weitere DDR-Spione nach 1990 wegen der umfangreichen Aktenvernichtung der MfS-Auslandsaufklärung nicht enttarnt werden konnten, geht Schwan davon aus, dass noch eine Reihe weiterer MfS-Beobachter ihre Auftraggeber in der DDR über das Bonner Regierungsgeschehen auf dem Laufenden hielten. Dem von Heribert

Schwan in fünfzehn Kapiteln geschilderten Aufwand der DDR-Spionage gegen die Bonner Kabinette steht, was die vom Autor wiedergegebenen MfS-Überlieferungen betrifft, ein disparater Ertrag gegenüber. Neben einer Unmenge von Belanglosigkeiten und frei Zugänglichem lieferten DDR-Agenten auch Interna über Entscheidungsvorgänge der Bundesregierungen, über Konfliktlagen in den Kabinetten sowie häufig auch Auskünfte über das Privatleben von Bonner Akteuren.

Schwan zeichnet ein imponierendes Panorama der Agentenunterwelt in Bonner Regierungszeiten. In vielen Fällen beschreibt er die Motive der Agentinnen und Agenten und beziffert die Anzahl ihrer Lieferungen, wie sie in den Computern der DDR-Auslandsaufklärung erfasst worden sind. Da er auch die in DDR-Kampagnen verbreiteten Angaben zum politischen Vorleben von Bonner Politikern in der NS-Zeit überprüft hat, stieß er im Bestand des ehemaligen Document Centers auch auf Hinweise, die das MfS bei seinen Nazi-Kamarilla-Kampagnen nicht eingesetzt hat. Das betraf unter anderem Adenauers Minister Hermann Höcherl (CSU) und Alois Niederalt (CSU) sowie den Kommandoführer des Sicherungsdienstes im Bundeskanzleramt, „Adenauers Leibwächter“ Herbert Kosyra. Auf die NS-Vergangenheit von Adenauers Wohnungsbauminister Victor-Emanuel Preusker (FDP) stieß das MfS erst lange nach dessen Amtszeit. Auch die NSDAP-Mitgliedschaften seiner Parteifreunde Walter Scheel und Hans Dietrich Genscher nutzten die Stasileute nicht zu Kampagnen im Westen und die NSDAP-Mitgliedschaft von Richard Stücklen (CSU) wurde von „Ost-Berlins Schlapphüten“, wie Schwan sie salopp nennt, übersehen.

Das Buch bietet aufschlussreiche Einblicke in eine Reihe von Spionage- und Spitzelvorgängen sowie „aktive Maßnahmen“ gegen die Bonner Regierungen. Hierbei kann sich der Autor auf detaillierte Erkenntnisse der Ermittlungsbehörden nach

1990 stützen. Längere Passagen lassen leider längst bekanntes noch einmal ausführlich Revue passieren und manches, was sich aus dem Kontext der SED-Politik und den dazu vorhandenen Überlieferungen erklären lässt, findet Schwan „rätselhaft“. So etwa die Tatsache, dass „der DDR-Geheimdienst, anders als in früheren Fällen“, die Erkenntnis Friedrich Zimmermanns NSDAP-Mitgliedschaft „nicht für Propagandazwecke nutzte“. Zum Zeitpunkt als Zimmermann im Kabinett Kohl als Innenminister amtierte, sah sich die SED-Führung jedoch aus Eigeninteresse zur Mäßigung gegenüber den Bonner Regierungsspitzen gezwungen. Eine NS-Kampagne gegen Zimmermann passte nicht in das Konzept der vorsichtigen Annäherung an die Regierung Kohl und nicht zu vergessen: Zimmermanns Parteichef Franz Josef Strauß hatte bereits in Geheimverhandlungen seine Fäden zu Alexander Schalk-Golodkowski gesponnen. Die aus Bonn fließenden Kreditmilliarden wollten der DDR-Devisenbeschaffer und seine politischen Auftraggeber wegen der 17-monatigen NSDAP-Mitgliedschaft Zimmermanns ganz sicher nicht aufs Spiel setzen.

Schwans 15. Kapitel handelt von „Militärspionage in den Achtzigern“ und hat es in sich. Es geht darin um 99 identifizierte und 45 namentlich unbekanntes Spione, die der HV A von 1973 bis 1989 nach Berechnungen des BStU-Experte Stephan Konopatzky 1 160 Mitteilungen über das Bonner Verteidigungsministerium geliefert haben. Ein besonders fleißiger sachbearbeitender Mitarbeiter dieses Ministeriums namens Wolf-Heinrich Prellwitz alias IM „Rödel“ fotografierte laut einem Urteil des Düsseldorfer Oberlandesgerichts zwischen 1969 und 1989 mindestens 56 160 Aktenblätter, darunter zahlreiche Verschlussachen, die er dem MfS übergab. Dafür erhielt er über die Jahre ca. 820 000 DM. Die Düsseldorfer Richter verfügten 1992 eine Vermögensabschöpfung bei Prellwitz in gleicher Höhe und verurteilten ihn zu einer zehnjährigen Haftstrafe. Ein Verfassungsschutzmann,

der gegenüber seinem Neffen zu viel dienstliche Dinge ausplauderte, verlor 1995 nach der Aufdeckung der Agententätigkeit des als Journalist beim Deutschlandfunk tätigen Neffen, seine Stellung und musste 6 000 DM Strafe zahlen. Sein Neffe kam mit einer Bewährungsstrafe davon. Ob der Verfassungsschützer gegenüber seinem wissbegierigen Neffen „wirklich dermaßen gutgläubig oder blauäugig“ war, fragt Heribert Schwan zu recht.

Zu einem Urteil darüber, was die MfS-Agenten zum Nutzen der DDR und zum Schaden der Bundesrepublik eigentlich angerichtet haben, sieht er sich am Ende seines Buches außerstande. In seiner Nachbemerkung schreibt er: „Auch nach Sichtung von Zigtausend Aktenblättern bleiben offene Fragen: Welchen Sinn, welchen Erfolg hat die DDR-Auslandsspionage tatsächlich gehabt? Wie hoch mag der Informationsgewinn durch die ‚Kundschafter für den Frieden‘ für die SED-Spitze realiter gewesen sein? Was war fundierte Erkenntnis – und was nur Kaffeesatzleserei? Was konnten Ulbricht, Honecker, Mielke und die übrigen Spitzen des SED-Politbüros mit der Flut der erspähten Informationen aus dem Lager des Klassenfeindes anfangen, welche Rückschlüsse daraus ziehen?“ Das, meint Schwan, müssten „Forscher“ noch herausfinden.

Nun sind doch zu diesen Themen und den DDR-Kampagnen in den letzten 30 Jahren viele fundierte Untersuchungen erschienen und allerlei alarmistische Schockwellen durch die Medien gegangen. Ganz so blank, wie Schwan meint, steht die Zeitgeschichtsforschung nicht da. Auf Heller und Pfennig werden sich seine Fragen freilich nie beantworten lassen. Was es die DDR gekostet hat, schreibt er selbst. Im Jahr 1986 belief sich der Finanzbedarf der HV A auf 17 Millionen DDR-Mark und 13,5 Millionen DM.

Jochen Stadt

**Rolf Henrich: Ausbruch aus der Vormundschaft. Erinnerungen. Berlin: Ch. Links Verlag 2019, 384 S., 25 €.**

30 Jahre nach seinem Überraschungscoup *Der vormundschaftliche Staat* hat Rolf Henrich, sicher nicht zufällig zur 30-jährigen Wiederkehr des Mauerfalls, seine „Erinnerungen“ unter dem Titel *Ausbruch aus der Vormundschaft* veröffentlicht, angereichert mit zahlreichen Fotos. Was könnte ihn veranlasst haben, sich nochmals diesem Thema zuzuwenden? Es geht ihm nicht um eine Autobiographie, sondern um die Begleitumstände seiner Entwicklung „... zu einem handlungsfähigen (...) nicht ausrechenbaren Widerständler“. Hinzu kommt, dass er seine Rolle und Bedeutung im Kontext des Jahres 1989 nicht zutreffend, ja sogar völlig entstellt wiedergegeben sieht; in manchen Darstellungen der damaligen Entwicklung – auch von KGB-Insidern – wird er nicht einmal erwähnt. Er macht dafür frühere Mitstreiter in der DDR-Opposition (zum Beispiel Ehrhart Neubert), aber auch die ehemalige Bundesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen Marianne Birthler verantwortlich – sie habe Journalisten wiederholt zu verstehen gegeben, dass die Rolle Henrichs im Kontext der politischen Entwicklung des Jahres 1989 völlig überschätzt werde. „Wiedererkannt“ habe er sich in der Studie des BStU-Mitarbeiters Walter Süß *Staatssicherheit am Ende*, wobei sich dort nur wenige Informationen finden. Besonders hebt er hervor, dass der frühere Berliner Juraprofessor Karl Adomeit ein Kapitel seiner *Rechts- und Staatsphilosophie* über „Denker der Neuzeit“ (1995) Rolf Henrich gewidmet hat.

Seit Erscheinen des *Vormundschaftlichen Staates* im Frühjahr 1989 im Rowohlt-Verlag (im Februar 1990 dann in Leipzig) hat es in West und Ost Stimmen gegeben, die vermuteten, Henrich habe das Buch im Auftrag des MfS geschrieben. Um solche Unterstellungen zu widerlegen, führt er Einschätzungen an, die seine nahezu ein Jahrzehnt dauernde Beschäftigung mit

dem Thema belegen sollen, und auf die Finessen bei der Erstellung des Manuskripts und seiner Verbringung nach West-Berlin. So weist er auf Bohleys Eintragung in ihrem Tagebuch (Februar 1988) hin, Henrich habe „zehn Jahre an der Fortsetzung der ‚Alternative: (Bahros) gearbeitet‘. Das hinderte sie übrigens nicht, Ende 1989 den gemeinsamen Freund Hans-Joachim Maaz zu fragen, ob vielleicht das MfS Auftraggeber für das Manuskript gewesen sei – Henrich hat diese „Kränkung (...) nie verwunden“. Empört ist Henrich auch über Vermutungen, „Spitzenagenten Moskaus“ hätten in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre dafür gesorgt, dass sich Glasnost und Perestroika auch in der DDR durchsetzen konnten, und über die Anfang 1990 aufgekommenen Gerüchte, die Entwicklung ab Sommer 1989 sei vom MfS gesteuert worden. Auf Hinweise zur Verifizierung der ersten These geht Henrich nicht ein, während er die Strippenzieherfunktion des MfS bei der Formierung der Opposition und bei der Besetzung der Bezirksverwaltungen des MfS nicht in Frage stellt.

Nach dem Abitur in Werdau (1963) absolvierte Henrich ein Jahr in der Produktion, wurde Kandidat der SED und ließ sich ohne Bedenken vom MfS anwerben; eine Einberufung zur Volksarmee, damals eigentlich üblich für Schulabgänger, stand nicht zur Diskussion. Über etwaige Parteaufträge äußert er sich nicht, wohl aber über einzelne MfS-Berichte – er habe „Belangloses“ über Kommilitonen berichtet und Informationen über Freunde gegeben, die aus seiner Sicht Interesse an einer Mitarbeit für das MfS haben könnten. Inwieweit er auch über Professoren berichtet hat, die er in seinem Buch sehr genau „einschätzt“, bleibt offen. Die Bezirksverwaltung Gera des MfS betraut ihn mit einer Aufgabe in München – Erpressung eines Familienvaters, dessen Thüringer Geliebte ein Kind erwartet. Die Banalität des Auftrages ist für Henrich eine große Enttäuschung, möchte er doch gern auf internationalem Parkett eine tragende Rolle

übernehmen. Wie der Wechsel von der Universität Jena zur Ost-Berliner Humboldt-Universität zustande kam, wird dem Leser nicht verraten. Mit einigen Tricks schafft er ein „sehr gutes Examen“ und sieht eine wissenschaftliche Laufbahn vor sich. Vor dem Hintergrund seiner Sympathien für den Prager Frühling und nonkonforme Denker entdeckten aufmerksame Dozenten revisionistische Tendenzen in seiner Diplomarbeit und sorgten für die Einberufung zur Volksarmee.

Interessant sind Ausführungen über Details der Berufslenkung; Henrich gelingt es, eine Ausbildung als Rechtsanwalt im Bezirk Frankfurt/Oder beginnen zu können. Fortan habe er „Sand ins Getriebe der sozialistischen Menschengemeinschaft“ gestreut; zudem nimmt er für sich in Anspruch, sich von jeder „Kumpanei“ ferngehalten zu haben. Angemerkt: Von der befreundeten Rechtsanwältin Suzanne Kossack hatte er erfahren, dass Anwälte sehr gut verdienen können. Bereits bei den ersten Verfahren, in denen er Beschuldigte in Eisenhüttenstadt vertreten hat, wurden ihm nachhaltig negative Einblicke ins Justizwesen der DDR vermittelt. Festzuhalten ist, dass sich Henrich – im Vergleich zur Frankfurter Haftanstalt des Innenministeriums – relativ positiv über die dortige Untersuchungshaftanstalt des MfS äußert, aufgefallen ist ihm der „sachbezogene Umgang zwischen Anstaltspersonal und den Inhaftierten“. Ab wann und wie lange er als Parteisekretär des Frankfurter Anwaltskollegiums fungiert hat, bleibt unerwähnt; er räumt ein, in dieser Funktion auch „unangenehme“ Entscheidungen mitgetragen zu haben. Als seinen „Thermidor“ bezeichnet er den 25. August 1977, als das *Neue Deutschland* die Nachricht über die Verhaftung Rudolf Bahros meldete. Nach dessen Verurteilung wollte Henrich sein Leben „in andere Bahnen lenken“. Er hält fest, auch Bahros Verteidiger Gregor Gysi, der gleichzeitig mit Henrich an der Humboldt-Universität studiert hatte, sei zu diesem Zeitpunkt völlig deprimiert gewesen – er habe die Arbeit

als Anwalt aufgeben und eventuell in den diplomatischen Dienst gehen wollen. Gysi habe er als einen Menschen erlebt, der „ethisch mit leichtem Gepäck unterwegs gewesen“ sei.

Henrich hat sich mit seiner Frau, ebenfalls Anwältin, auf dem Lande gut einrichten können, er beschreibt diese Phase als „Hineinwachsen in die bei Provinzialanwälten beliebte Honoratioren-Rolle“. Sie konnten sich einen Trabi und ein ländliches Anwesen, die frühere Schleusenmeisterei Hammerfort, kaufen; Henrich nennt die erheblichen Beträge, die dafür aufzubringen waren, ohne zu erwähnen, woher das junge Paar das benötigte Kapital hatte. Das Landhaus wurde an Wochenenden ein beliebtes Ziel mehrerer Freunde, was ebenso auf das Haus des Psychiaters Maaz im benachbarten Oegeln zutraf. Henrich ist sehr wichtig, dass Maaz im Nachwort zu seinem *Gefühlsstau* (1990) erwähnt, die „sehr innige Beziehung“ zu Henrich – als Genossen der SED – habe ihn „nachhaltig beeinflusst“. Henrich führt die dort verkehrenden Personen namentlich auf. Erika Drees vermittelte dann – offenbar ab Januar 1988 – erste Kontakte zu Oppositionellen, insbesondere zu Bärbel Bohley und Katja Havemann. Eine wichtige Rolle spielte auch der monatliche Gesprächskreis des Köpenicker Anthroposophen Wolfgang Strübing. Ab wann und wie intensiv Henrich am Buchmanuskript gearbeitet hat, wird nicht ganz deutlich; wichtig ist ihm zu erwähnen, dass er das Manuskript – gemeinsam mit seiner Frau – regelmäßig nächtens außerhalb des Grundstücks in einem Gurkenglas vergraben hat, um seine Entdeckung bei einer etwaigen Hausdurchsuchung zu verhindern. Ende 1987 war das Manuskript weitgehend abgeschlossen, und Henrich konnte es im Januar 1988 Erika Drees und Bärbel Bohley präsentieren; zwei Exemplare konnten wenig später nach West-Berlin geschmuggelt werden. Im Sommer 1988 hat Erika Drees bei einem Treffen der „Initiative für Frieden und Menschenrechte“ in Ost-Berlin darüber informiert,

dass sich ein Exemplar des Manuskripts „Der Vormundschaftliche Staat“ bereits im Westen befinde – das MfS habe zu diesem Zeitpunkt noch nicht auf den Verfasser schließen können. Durch Einsatz des SPD-Bundestagsabgeordneten Freimut Duve und dann vor allem des *Spiegel*-Korrespondenten Ulrich Schwarz konnte das Buch schließlich im März 1989 erscheinen. Henrich wurde daraufhin umgehend aus dem Anwaltskollegium und aus der SED ausgeschlossen, auf eine strafrechtliche Verfolgung verzichtete das Politbüro der SED. Da westliche Medien umfassend und häufig über das Buch und seinen Autor berichteten, wuchs sein Bekanntheitsgrad rasch an.

Festzuhalten ist, dass Henrich in den folgenden Monaten in vielen Städten der DDR – meist in Kirchen und Gemeindegärten – sein Buch vorstellen konnte, trotz der üblichen Störmanöver des MfS. Er kann sich auch einen guten Überblick über die oppositionellen Gruppen verschaffen, stellt dabei fest, ihre Protagonisten „konnten sich nicht riechen“. Über die „Machtfrage“ wurde nicht gesprochen, während sich Henrich durchaus einen Kollaps des Systems oder eine Palastrevolution vorstellen konnte. Um dem dann wahrscheinlichen Chaos zu begegnen, schlug er Kontakte zu kooperationswilligen Polizei- und Justizkreisen vor – und fand damit kein Gehör, er sei ja nicht mehr in der Partei, wurde ihm entgegengehalten. Ausführlich schildert er die Anfänge des „Neuen Forums“ (NF), wobei ihm wichtig ist, seine Mitautorenschaft am Gründungsauftritt und am „offenen Problemkatalog“ (über „Staat und Recht“) des NF festzuhalten. Nach dem Mauerfall sei deutlich geworden, dass es „keine Generallinie der Opposition“ gab, vielmehr eine „ohrenbetäubende Kakophonie“ herrschte, wobei sich Bohley besonders hervorgetan habe. Über den ab 2. Dezember 1989 tagenden „Zentralen Runden Tisch“, an dessen ersten Sitzungen Henrich als Vertreter des NF teilnahm, äußert er sich recht kritisch. Er hebt

seine dort eingebrachten Vorschläge hervor, beispielsweise die Forderung, das Kollegium des MfS als verfassungsfeindlich zu erklären, auch die Benennung des Personenkreises, der aus dem DDR-Justizsystem entfernt werden sollte.

Anfang 1990 lehnt Henrich Angebote ab, höhere Posten im Justizapparat zu übernehmen oder in die „Regierung der nationalen Verantwortung“ einzutreten – er wollte sich nicht als Feigenblatt für ein bankrott System instrumentalisieren lassen. Ein großes Anliegen war für ihn ab diesem Zeitpunkt die Versöhnung mit Angehörigen der Sicherheitsapparate, ein Anliegen, das nur wenige seiner Freunde verstanden hätten. Nach Akteneinsicht beim BStU verzichtet er darauf, die Klarnamen zu erfahren, ebenso sprach er sich gegen den von Wolfgang Thierse, Friedrich Schorlemmer und Joachim Gauck geäußerten Vorschlag eines „Tribunals zur Aufarbeitung durch uns selbst“ aus. Im Schlussteil der „Erinnerungen“ plädiert Henrich dafür, etwaige MfS-Verstrickungen durch den von betroffenen Personen praktizierten „geistigen Freiraum“ zu relativieren, wie er am Beispiel des Juristen H.-G. Fritzsche darlegt. Menschen mit IM-Vergangenheit sollten nicht an den Pranger gestellt werden, sonst könne sich das tragische Lebensende des ihm bekannten Juristen G. Biege wiederholen.

Ab 1990 boten sich für Henrich interessante berufliche Perspektiven, die aber nicht zum Tragen kamen, so dass er sich wieder auf seine anwaltliche Tätigkeit konzentrieren konnte, das im Frühjahr gegen ihn verhängte Berufsverbot war am Jahresende aufgehoben worden. Ein besonders Ereignis war für ihn der Vortrag „Deutschsein in Europa“, den er am 19. März 1990 in Weimar halten konnte, wobei ihn die teils heftige Kritik sehr getroffen hat. Zum Schluss einige Fragen, die sich manchem Leser des Buches stellen dürften:

Welche Parteiaufträge hatte Henrich als Kandidat, Mitglied und Kollegiums-Part-

eisekretär der SED zu erfüllen? Ist beispielsweise die kritische Besprechung eines Manuskripts von Prof. G. Haney, die Henrich im Auftrag des Prof. G. Egler verfasst hat, vor diesem Hintergrund zu sehen? Henrich war auf seine Stellungnahme „nicht besonders stolz“, hatte ihr aber eine gute Meinung bei Prof. M. Benjamin zu verdanken.

Wie ist der Wechsel von der Universität Jena zur Humboldt-Universität erfolgt und waren damit Auflagen verbunden?

Trifft es zu, dass Henrich zwischen 1969 und 1975 nur die erwähnten Kontakte mit den MfS-Offizieren Koristka (in Ost-Berlin, Anfang 1969) und Klopper (1975 in Frankfurt/Oder) hatte? Er selbst betont ja, dass sich das MfS jederzeit Zugang zu allen DDR-Bürgern, zumal in gehobener Position, verschaffen konnte.

Henrich hatte Sympathien für polnische Kollegen, die sich für verfolgte Oppositionelle eingesetzt haben („KORowcy“ – Aktivisten des Komitees zur Verteidigung der Arbeiter, 1976 in Radom gegründet) und erwähnt im ähnlichen Zusammenhang Bärbel Bohley, die sich nach dem 17. Januar 1988 um die am Rand der Liebknecht-Luxemburg-Demonstration Verhafteten gekümmert habe. Haben sich oppositionelle DDR-Bürger mit der Bitte um Rat oder Verteidigung an ihn gewandt?

Hat Henrich in seiner MfS-Akte Hinweise auf die Umstände der Genehmigung seines zehntägigen Verwandtenbesuchs in der Bundesrepublik (Februar 1989) gefunden?

Bis auf einen Besuch in der sowjetischen Botschaft in Ost-Berlin (22.02.1990) – im Kontext der bevorstehenden Volkskammerwahl – werden an keiner Stelle im Buch Kontakte zu sowjetischen Institutionen oder Sowjetbürgern erwähnt. Trifft diese Feststellung uneingeschränkt zu?

Trotz der vorgebrachten kritischen Anmerkungen sind Henrichs „Erinnerungen“ lesenswert. Dem Leser werden nicht nur ein interessantes „Psychogramm“ eines DDR-Bürgers, sondern auch Details der

politischen und gesellschaftlichen Entwicklung der Jahre 1988 bis 1990 vermittelt, die in anderen Darstellungen dieser bedeutsamen Phase deutscher Geschichte fehlen oder anders dargestellt werden. „RBB Kultur“ hat am 21. April 2020 ein Interview mit Henrich gesendet, in dem er an seiner Darstellung der Geschehnisse der Jahre 1988/89 festhält. Die Hörer erfahren, dass er eine Fortsetzung seiner „Erinnerungen“ nicht ausschließt.

*Bernd Knabe*

**Thorsten Holzhauser: Die „Nachfolgepartei“. Die Integration der PDS in das politische System der Bundesrepublik Deutschland 1990–2005, Berlin & Boston: Verlag De Gruyter Oldenbourg 2019, 482 S., 69,95 €.**

Es reizt den Rezensenten, Bemerkungen über die Entwicklung der ursprünglichen SED bzw. SED-PDS zur geachteten Partei „Die Linke“ mit dem ursprünglichen sozialdemokratischen Schlachtrösser Oskar Lafontaine nicht gewissermaßen für sich anzustellen, sondern den parallelen Blick auf ein anderes Buch zu richten, das rund ein Jahrzehnt zuvor erschien und das die Dinge aus einer weniger gravitativ wissenschaftlich-distanziert daherkommenen Manier beleuchtet, Hubertus Knabes Darstellung *Die Wahrheit über die Linke*. Holzhauser wie Knabe handeln in etwa über denselben Zeitraum, Knabe, seinem Thema wie seinem Naturell entsprechend, kommt allerdings mit mehr Rückbezügen in die SED-Geschichte daher. Bislang war das Sujet Wegbeschreibung von der SED in der untergehenden DDR bis zur heutigen Partei Die Linke wissenschaftlich primär ein Sujet von Politikwissenschaftlern, vielfach gestützt auf Journalisten. Der Autor Thorsten Holzhauser allerdings ist Zeithistoriker, sein Betreuer an der Universität Mainz war Andreas Rödder, bekenndes, moderat-konservatives CDU-Mitglied, auf vielen zeitgeschichtlichen und publizistischen Bühnen der Republik zu Hause. Nun ist Wissenschaft in der

Bundesrepublik beileibe nichts, was im Parteauftrag abzuhandeln wäre wie im untergegangenen Arbeiter- und Bauernstaat. Gleichwohl verwundert doch, dass in der hier vorliegenden Arbeit die normative Einordnung einer jedenfalls wesentlich kommunistisch geprägten Partei, das heißt einer gegen das Ordnungsmodell der Bundesrepublik diametral gerichteten Alternative verpflichtet, jedenfalls keine sehr relevante Rolle spielt. Vielmehr handelt es sich um eine wesentlich historisch-genetische Analyse, die den Weg dieser politischen Kraft vom Untergang der DDR über diverse Aufstiegs- wie Schwächephasen bis zu ihrer Metamorphose als gesamtdeutsche linke Kraft verfolgt, bis zu einem Status, der durch das Bündnis mit der WASG (Wahlalternative Arbeit & soziale Gerechtigkeit) und vor allem mit dem Akteur Oskar Lafontaine erreicht wurde. Man kann, hier ist dem Autor durchaus zuzustimmen, die Entwicklung der Jahre 2004 und 2005, kulminierend mit der Bundestagswahl 2005, für die SED-Nachfolgepartei als so etwas wie den lange angestrebten Ausbruch aus einer belagerten Burg in freies Gelände bezeichnen, freies Gelände hier das Territorium der alten Bundesrepublik. Klar wird hier auch, dass die verschiedentlich schon vorher gelungenen Ausfälle der PDS in freies Gelände, das heißt heraus aus dem Status einer Verfemung und in die Nähe zu Exekutiven, das Magdeburger Modell von 1994, der zeitweilige Einzug in die Regierungen von Schwerin wie im Roten Rathaus von Berlin, zwar wichtige Zwischenetappen waren, aber eben doch nur eine schwache Vorstufe, bevor der Status einer wirklich gesamtdeutschen politischen Kraft erreicht wurde. Wer aber diese Kraft in ihrem Wesen, in ihrer Prägung, in ihrer DNA, eigentlich war – und vermutlich heute auch noch ist –, das wird in den umfänglichen Ausführungen von Thorsten Holzhauser nicht wirklich deutlich: Ein Beispiel sind seine Passagen über zeitweilige Verbotsdiskussionen – Antrag auf ein Verbot an das Bundesverfassungsgericht – und die zeitweilige Beobachtung

durch das Bundesamt für Verfassungsschutz (die sehr unterschiedlichen, ja gegensätzlichen Haltungen der Verfassungsschutzämter der Länder bleiben bedauerlicherweise ausgeklammert). Hier wird breit präsentiert, wer im allgemeinen Kommunikationsprozess welche Auffassung vertrat, aber es wird einfach nicht offengelegt, worin denn nun das Wesentliche einer vermuteten Verfassungswidrigkeit der PDS gelegen haben dürfte. Irgendwie scheut der Autor hier stets zurück. „Während auf der Seite des Verfassungsschutzes eine mehr als skeptische Grundhaltung gegenüber der PDS dominierte, bediente sich die Partei selbst einer Sprache, die geradezu zum Zweifel und zur Skepsis einlud, weil sie versuchte, die unterschiedlichen Haltungen in der Partei durch Formelkompromisse und doppelbödiges Sprechen auszutarieren.“ (S. 196) Der zentrale Parteiakteur Gregor Gysi erscheint primär als Kommunikationsgenie, wer hingegen über seine und seinesgleichen Verankerung in DDR-Nomenklatura und DDR-System mehr Substanz bekommen möchte, muss dann zu Hubertus Knabe greifen. Zugleich wird der Aufstieg Gysis zum (wesentlich west-)deutschen Medienstar durchaus angemessen und einigermaßen ironisch geschildert: „Gysi wurde zum ‚Talkshowbaron‘“ (S. 217). Irgendwie konnten sich die halbgebildeten, selbstverliebten Akteure des noch ziemlich neuen privaten Fernsehens (Erich Böhme) als auch ihre öffentlich-rechtlichen Counterparts (Sabine Christiansen) nicht von der Neigung freihalten, sich mit dem großbürgerlichen Sozialisten Gregor Gysi von Termin zu Termin zu schmücken, ohne je seinen Stellenwert in der deutschen Zeitgeschichte wahrnehmen zu wollen oder auch wahrnehmen zu können: „Dabei entwickelte sich der PDS-Politiker zum geradezu ‚idealen Vertreter der Sabine-Christiansen-Gesellschaft‘“ (S. 218). Mit anderen Worten: Wer etwas über die Partei mit den vielen Namen, von SED bis „Die Linke“, erfahren und ihren Weg in den ersten eineinhalb Jahrzehnten gesamt-

deutscher Wirklichkeit verfolgen will, erhält bei Thorsten Holzhauser eine ganze Menge, aber eben nicht genug und vermutlich auch nicht wirklich mit der richtigen Gewichtung. Ein Name möge dies verdeutlichen, der Name des heutigen thüringischen Ministerpräsidenten Bodo Ramelow. Bei Holzhauser wird quasi nur enzyklopädisch notiert, dass und wann er im Umfang des Zugehens aus Gewerkschaftskreisen in Richtung PDS zum führenden Akteur dieser politischen Kraft wurde. Bei Knabe hingegen, der gerne personalisiert und ganze Sozialisationen freilegt, werden Ramelows Aufstieg wie Ramelows Eigenheiten ausführlich über mehrere Seiten geschildert. Es ist ein kleines Persönlichkeitsprofil. Wer Knabes (S. 371) nun zehn Jahre alte Darstellung liest, wundert sich nicht mehr, wie im Februar 2020 Ramelows Märtyrertum als kurzzeitig aus dem Amt geflogener Ministerpräsident, dem die parlamentarische Mehrheit abhanden gekommen war, inszeniert wurde: „Zu Ramelows hervorstechenden Eigenschaften gehört seine Fähigkeit zur Selbstinszenierung – wobei ihm fast jedes Mittel recht ist. Im Jahre 2000 trat er der evangelischen Kirche (wieder) bei und demonstriert seitdem einen bei Linken eher unvermuteten Gottesglauben. 2002 nutzte er nach dem blutigen Amoklauf am Erfurter Gutenberg-Gymnasium die wochenlange Berichterstattung, um sich als politischer Anwalt der Hinterbliebenen in Szene zu setzen. Ab 2003 lieferte er sich einen jahrelangen medienwirksamen Streit mit dem Verfassungsschutz, der ihn wegen seiner Kontakte zur DKP beobachtet hatte. Schweigsamer wird er dagegen, wenn es um die Verstrickung seiner Partei in das SED-Unrecht geht. Hier tut er so, als habe sie damit nicht das Geringste zu tun – obwohl in der thüringischen Linksfraktion gleich mehrere ehemalige Stasi-Informanten sitzen.“ Knabe (S. 271) beleuchtet mit Vorliebe, man tritt ihm gewiss nicht zu nahe, wenn man hinzufügt mit Lust, die DDR-Biografien von PDS- bzw. Linkspartei- bzw. Rosa-Luxemburg-Stiftungs-Akteuren. „Eine steile DDR-

Karriere hat auch der Chef der Rosa-Luxemburg-Stiftung Heinz Vietze hinter sich. Der letzte SED-Chef von Potsdam gilt als Strippenzieher der Linken, der vor Jahren auch Bisky an die Parteispitze brachte.“ Und er liefert – im dezidierten Gegensatz zu Holzhauser – eine „materielle“ Begründung für die zumindest zeitweilige Beobachtung der Partei durch den Verfassungsschutz, jedenfalls aus seiner, der Optik von Knabe. „In Wirklichkeit gibt es für eine Beobachtung durch den Verfassungsschutz – die übrigens nur die Auswertung allgemein zugänglicher Quellen umfasst – genügend Anlass. [...] Der Verfassungsschutzbericht 2008 machte sogar mehr als 2000 Verfassungsfeinde in der Linken aus [...]“ (S. 335). Wer nun Lust und Zeit hat, beide Studien sozusagen wie unterschiedliche Kommentare zum selben Gegenstand zu rezipieren, wird durch die Summe relativ großen Ertrag gewinnen können. Gerade die Ereignisse in Thüringen von Anfang 2020, was die Partei „Die Linke“ anbelangt, die intellektuelle und habituelle Nichtakzeptanz des Umstandes, mit der eigenen Koalition im Parlament keine Mehrheit mehr zu besitzen, machten und machen freilich deutlich, dass über das Vorliegende hinaus noch tiefer gegraben werden sollte. Die von Holzhauser wie Knabe untersuchten Zeiträume berücksichtigen naturgemäß nicht die jüngste Zeit, die durch den Aufstieg der AfD vor allem in ostdeutschen Regionen zu einer dezidiert starken Partei gekennzeichnet ist. Die AfD hat auf der einen Seite, mit der teilweisen Ausnahme Thüringens, unzweifelhaft der Partei „Die Linke“ viele Wähler abspenstig gemacht, zumeist Wähler, die kleinbürgerlich-nationalen Bildern verhaftet sind, vielfach aus DDR-Sozialisierungen gespeist, überhöht durch die Neigung zu Vorurteilen, Phobien und Verschwörungstheorien. Diesen quantitativen Einbußen der Linken zugunsten der AfD stehen allerdings gewissermaßen qualitative Gewinne gegenüber: Im Abwehrkampf gegen den Rechtsextremismus stilisiert sich die Linke zur „anti-

faschistisch“ profilierten Kraft, die intellektuell wie moralisch an erster Stelle eine angebliche antifaschistische DNA des Grundgesetzes verkörpere. Daher sei sie berufen, an der Spitze des Kampfes gegen Rechtsextremisten und „Faschisten“ zu stehen. Hinter ihr könnten sich dann diverse akzeptable Bündnispartner einreihen, sie selbst aber habe gewissermaßen die Kompetenzkompetenz, darüber zu urteilen, wer demokratisch hinreichend legitimiert sei, und wer eben nicht. Hier verknüpfen sich ideologische Geschichtsinterpretation, die mit Realgeschichte nichts zu tun hat, und politische Strategie zu einem gefährlichen Gebräu. Im Grunde erinnert das Ganze an die Hegemonie der früheren SED noch unter SBZ-Bedingungen, als sie den Block der antifaschistisch-demokratischen Parteien anführte und sich anmaßen konnte, darüber zu entscheiden, wer in ihrem Gefolge mitmarschieren dürfe und wer in eine Tabuzone gehöre. Das Problem scheint dabei an erster Stelle nicht die Partei „Die Linke“ zu sein; jede Partei verkauft sich taktisch und strategisch so gut sie es vermag. Das Problem scheint eher die Unbedarftheit vor allem öffentlich-rechtlich angestellter Journalisten zu sein, die dieser Strategie und Taktik auf den Leim gehen, die historische Zusammenhänge in aller Regel nicht kennen bzw. nur zu gerne ausblenden und die es zulassen, dass sich in ihren Sendungen und Spalten Akteure der Linkspartei an erster Stelle als antifaschistische Kammerjäger gerieren können, ohne dass je hinterfragt wird, worin denn deren tatsächliche demokratische Legitimation besteht. So findet der Kampf der Linkspartei gegen die bürgerliche Gesellschaft und ihre auf Individualität und Eigentum gegründete Ordnung nach vielen Jahrzehnten und nach der Zäsur von 1989/90 einmal mehr eine Fortsetzung unter „antifaschistischen“ Vorzeichen. Es gibt also viele Gründe, dieser Partei, ihren Trabanten und ihren mehr oder weniger sachkundigen Fellows weiter, ja verstärkt auf den Zahn zu fühlen.

Und so findet sich beispielsweise weder hier noch da, in keinem der hier präsentierten Bücher eine Problematisierung bzw. Darlegung des Umstandes, dass sowohl PDS als auch heute Die Linke äußerlich programmatisch gegenüber der DDR-Vergangenheit einen Kurswechsel um 180 Grad vornahmen, was Militarismus und Aggressivität des Arbeiter-Bauern-Staates anbelangt: Zweifellos stellte die DDR in der deutschen Geschichte den nach dem nationalsozialistischen Deutschland zweitmilitaristischsten Staat dar, weit vor dem mit preußischem Militarismus assoziierten Deutschen Kaiserreich. Eine kollektive Uniformierung mit Zweitarmee aus Betriebskampfgruppen wie unter Walter Ulbricht und unter Erich Honecker hat es unter den Hohenzollern nie gegeben, im Übrigen auch keine Erziehung zu so etwas wie Hass gegen den angeblichen „Erbfeind“ Frankreich, wohl aber die Erziehung zum Hass gegen die westlich-freiheitliche Gesellschaft in der DDR. In vollständiger Abwendung von diesem „Erbe“

gaben und geben sich PDS wie Die Linken den Anschein eines gesinnungsethischen Pazifismus, der sich durch nichts übertreffen lasse, pflegen unter diesem Überdach allerdings weiter ihre herkömmlichen antiwestlichen bzw. antiamerikanischen Instinkte als NATO-Ablehnung und glorifizieren weiter alle möglichen, ihnen nahestehenden mehr oder weniger obskuren, freiheitsfeindlichen und vielfach auch ökonomisch völlig inkompetenten Regime, von Russland über Syrien bis Venezuela. Auch der vielfach weiterhin gepflegte Antisraelismus, gehört in dieses sehr spezifische, denkbar unanständige deutsche Erbe. Ob die Partei Die Linke mit ihrer Vergangenheitsvergessenheit bzw. dem sehr spezifischen Maß ihrer Vergangenheitsaufarbeitung durch Medien, Wissenschaft, Parteien, Kirchen, die sich sonst zu jeglicher Äußerung berufen fühlen, hinreichend konfrontiert wird, sei dahingestellt. Die vorliegende Literatur enthält hier jedenfalls vornehmlich Blindstellen.

*Peter März*